

# DEUTSCHLAND

## Die Akte Wismut

*Michael Beleites*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gern habe ich die Einladung angenommen, um hier über den Uranbergbau in Deutschland zu sprechen. Ja, Sie hören richtig: Vor etwas mehr als 20 Jahren befand sich das drittgrößte Uranabbaugebiet der Welt in unserem Land – natürlich nicht in der Bundesrepublik, sondern in Ostdeutschland, in der damaligen DDR. Dort hat seit 1946 die sowjetische – und später sowjetisch-deutsche – Aktiengesellschaft Wismut Uran abgebaut.

1990 wurde der Uranbergbau eingestellt – aber nicht etwa deswegen, weil das Uran zu Ende ging, sondern weil die Gewinnung in diesem Umfang unter demokratisch-rechtsstaatlichen Verhältnissen in einer so dicht besiedelten Gegend Mitteleuropas nicht mehr durchsetzbar war. Und das ist für mich der entscheidende Punkt: Wir müssen uns klar machen, dass Atomanlagen, die hier weiter betrieben werden, nur durch Uran laufen können, das in anderen Ländern abgebaut wird. Und wenn wir unsere Energie und Wärme auf einen Rohstoff stützen, der andernorts zu Bedingungen gewonnen wird, die hierzulande nicht akzeptabel und auch nicht erlaubt sind, stellen sich gravierende ethische Fragen.

Der Name „Wismut“ ist ein Tarnname aus der Stalinzeit. Man wollte verschleiern, dass nach dem Krieg im Erzgebirge Uran abgebaut wurde, und hat das Unternehmen Wismut genannt, weil dort in den Jahrzehnten zuvor neben Silber auch das Metall Wismut abgebaut worden war. Der Abbau diente zunächst ausschließlich dem Atomprojekt Stalins und später auch sowjetischen und osteuropäischen kerntechnischen Anlagen. Beschäftigt waren bei der Wismut annähernd 400.000 Menschen. In der Zeit von 1946 bis 1990 haben sie 231.000 Tonnen Uran produziert. 100 Millionen Tonnen radioaktive Abfälle hat die Wismut in Sachsen und Thüringen hinterlassen. Es wurden ganze Landstriche verwüstet in einem Ausmaß, wie man sich das kaum vorstellen kann: Rund ein Sechstel des heutigen Thüringens und ein Viertel des heutigen Sachsens waren betroffen. Zehntausende Bergleute sind elend an Silikose gestorben, tausende an Bronchialkarzinom, ausgelöst durch das radioaktive Radon in den Gruben. Das ist übrigens keine Vergangenheit. Durch die langen Latenzzeiten zwischen Krebsauslösung und Ausbruch der Krankheit sterben bis heute jährlich bis zu 300 ehemalige Bergleute an strahlenbedingtem Lungenkrebs – und kaum einer redet darüber.

Schon vor 1990, noch zur DDR-Zeit, begannen die Proteste. In Zusammenarbeit von kirchlicher Umwelt- und Friedensbewegung



haben wir damals versucht, die Dinge beim Namen zu nennen, überhaupt versucht, zu diesem Tabu-Thema Fakten auf den Tisch zu bekommen. Der Informationsfluss verlief nicht nur auf verschlungenen Wegen von Ost nach West, sondern zunächst von West nach Ost. Freunde in München und Freiburg im Breisgau haben mich damals mit Fakten versorgt. Das lief so, dass dort jemand Literatur über die Bergbauproblematik, etwa in Frankreich und Kanada, abfotografiert hat, dann den Film wieder in die Originalverpackung einklebte und ihn einer Freundin mit auf ihre Touristenreise in die DDR gab. Sie gab mir die Filme, ich habe sie entwickelt, Abzüge gemacht und hatte dann die nötigen Informationen, um die richtigen Fragen zu stellen.

Daraus ist meine 1988 fertig gestellte Dokumentation mit dem Titel „Pechblende“ entstanden, die ich selbst an einer Wachsmatrizenmaschine gedruckt habe. Viele werden sich kaum vorstellen können, dass die DDR bis zuletzt ein zu 100 Prozent Copyshop-freies Land war. Man musste solche „nicht genehmigten Druckerzeugnisse“, wie das hieß, von Hand herstellen. Und das war dann zumeist mit Technik der 20er und 30er Jahre, die in manchen Kirchenämtern noch vorhanden war. Auch dafür haben uns wiederum Freunde aus dem Westen die nötigen Zutaten besorgt, denn die Wachsmatrizen und Druckerschwärze im Osten waren nicht zu gebrauchen. Erst heute kann ich einschätzen, welche Mühe es auch im Westen gekostet haben muss, die Zutaten für eine derart veraltete Technologie zu beschaffen.

Die Studie wurde damals in 1000 Exemplaren gedruckt und fand sogar noch viel mehr Leser. Auch in der westlichen Presse gab es eine große Resonanz, die mich letztlich vor dem Gefängnis bewahrt hat – wenngleich die anderen Formen des Drucks, den ich in der Folge erfahren musste, auch nicht schön waren.

Die Wismut hatte im Zuge der atomaren Bewaffnung des Stalin-Regimes als ein rein militärisches Projekt angefangen. Am Anfang gab es im Erzgebirge ein Sperrgebiet, in dem die Bergleute in Baracken untergebracht wurden. Die Baracken hat man aus dem Kriegsgefangenenlager der Nazis in Mühlberg abgebaut und in Johanngeorgenstadt eins zu eins wieder aufgebaut. Es herrschte wirklich Roter Terror in den Anfangsjahren der Wismut. Die Russen hatten eine Spionage-Phobie. Alles was auch nur im Entferntesten nach Spionage aussah, wurde strengstens verfolgt. Noch in den Jahren 1951–1953 sind etwa 80 Wismut-Bergleute in Moskau wegen eines Spionagevorwurfs erschossen worden.

Damals wurden viele Menschen regelrecht von der Straße weggefangen und zum Uranbergbau zwangsverpflichtet. Nach und nach kamen die Arbeiter jedoch freiwillig; sie ließen sich anlocken von besonderen Lebensmittel- und Schnapszuteilungen sowie sonstigen Privilegien für die Bergleute. Der Uran-Bergbau in der früheren DDR bekam den süßlichen Beigeschmack eines frühen Wohlstands.

Wismut war ein real existierender Atomstaat. In der DDR gab es eine Sonderverwaltung für das Uran-Bergbauggebiet: Neben den Bezirken existierte eine nicht-territoriale „SED-Gebietsleitung Wismut“, eine „Gebietsverwaltung

Wismut“ der Stasi, ein eigenes Wismut-Gesundheitswesen. Es gab praktisch einen Wismut-Staat nebenher.

Die wichtigsten Wirkungsmechanismen in diesem Atomstaat waren Verängstigung, Einschüchterung und Geheimhaltung. Es durfte nicht darüber gesprochen werden, was dort abgebaut wird. In die Schulen kamen Werber, um die Jungs zum Bergbau bei der Wismut zu locken. Ich habe das selbst erlebt. Dort wurde mit keinem Wort erwähnt, was genau eigentlich abgebaut wird. Auch bei der Wismut selbst hat man das Wort Uran streng gemieden; es ging um „Erz“ oder „Metall“ oder um „Rohstoff“. Und zwar über die Einstellung des Uranabbaus hinaus – es gibt eine Wismut-Propaganda-Broschüre aus den 1990er Jahren mit dem Titel „Seilfahrt“; darin findet man das Wort Uran auch nicht. Und das ist das Beängstigende: Durch die Begünstigung und Involvierung von hunderttausenden Menschen wurde eine Befangenheit erzeugt, die heute noch nachwirkt. Nach wie vor ist es in den betroffenen Gebieten nicht einfach, über die Folgen der Wismut zu sprechen. Und das trotz der enormen Umweltzerstörungen in den Wismut-Gebieten.

Nach dem Herauslösen des Urans aus dem zermahlenden Erz wurde der Rest, in dem nach wie vor 85 Prozent des radioaktiven Inventars steckten – Thorium, Radium und so weiter –, in Schlammdeponien gebracht, die zum Teil über einen Quadratkilometer groß waren. Nach unten waren diese Deponien nicht abgedichtet. An der Oberfläche trockneten die Ränder der Deponie bei warmem Wetter aus. Dann wurde daraus ganz feiner Staub. Wenn dann Wind aufkam, zogen schwarze Wolken über die Dörfer. Es gibt Orte wie Oberrothenbach bei Zwickau oder Zwirtzschen bei Gera, wo sich am helllichten Tag die automatischen Straßenlampen einschalteten, weil es plötzlich dunkel wurde von diesem radioaktiven Staub. Das war nicht irgendwo in Kanada oder Australien, sondern mitten in Deutschland. Wir sollten uns daran erinnern, dass es bei uns so etwas auch gegeben hat.

Nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 hat der Bund über sieben Milliarden Euro bewilligt, um diese Altlasten zu sanieren. Und tatsächlich: Es sind Schächte zur Flutung vorbereitet, Halden abgetragen, Tagebaue verfüllt und Deponien ausgetrocknet und abgedeckt worden. Heute – das hat man gerade letztes Jahr bei der Bundesgartenschau in Ronneburg gesehen – ist kaum noch etwas von der Wismut zu sehen. Jetzt stellt sich plötzlich eine andere Frage: Sollen erkennbare Spuren in der Landschaft bleiben oder soll alles eingeebnet werden?

Bevor man das ausdiskutieren konnte, hat man alles eingeebnet. Das ist aus Umweltgründen auch gut. Nun ist in Ronneburg die Idee entstanden, man müsse doch ein Denkmal für die Wismutzeit aufstellen. Wenn auch über Form und Inhalte noch kontrovers diskutiert wird, über den Ort war man sich von Anfang an einig. Dort, wo einst das Dorf Schmirchau stand, hatte die Wismut das mit 260 Metern tiefste Loch gegraben – den „Tagebau Schmirchau“. Während der Sanierungsarbeiten hat man nun nicht nur die umliegenden Halden dort hineingefüllt, sondern auch noch Halden oben drauf gepackt, so dass eine Art Tafelberg entstanden ist. Auf dessen höchste Stelle will man nun ein Denkmal setzen. Aber was für ein Denkmal? Die Wismut-

Traditionspfleger wollen dort der Wismut und sich selbst ein Monument setzen. Die Vertreter des Unternehmens Wismut wollen die Leistungen der Sanierungsfirma Wismut gewürdigt sehen – aber das, was vorher war, verschweigen. Der kirchliche Umweltkreis in Ronneburg möchte eine Gedenkkapelle für die Opfer der Wismut, allerdings nur der direkten Opfer, also der Bergleute, die an der Strahlung gestorben sind.

Was bei dieser Diskussion völlig fehlt, ist der internationale Zusammenhang der ostdeutschen Uran-Geschichte. Ich denke, man muss die Wismut in den Kontext der weltweiten Urangewinnung und seiner Folgen stellen. Auch die Wismut hatte nämlich ferne Opfer. Das Wismut-Uran war entscheidend beteiligt an den Atomkatastrophen von Kischtyon, an den oberirdischen Atomtests von Nowaja-Semlja und Semipalatinsk und natürlich an Tschernobyl. Es war überwiegend deutsches Uran, das in Form seiner Spaltprodukte im April 1986 zu uns zurückflog.

Diese internationale Perspektive ist aber im Moment im früheren Uranabbaugebiet selbst nicht vermittelbar. Und ich meine, solange das so ist, wegen all der Befangenheiten vor Ort, sollte man gar kein Denkmal bauen. Mir ist es wichtig, dass der Uran-Bergbau nicht nur als irgendein Teil, sondern als der entscheidende Teil der nuklearen Brennstoffkette begriffen wird. Und: Wenn man Uran-Bergbau heute in Deutschland im großen Maßstab nicht durchsetzen kann, dann sollten wir so anständig sein und das auch anderen nicht zumuten. Wir müssen dafür offenbar noch ethische Maßstäbe entwickeln und diese in die Politik einführen. Wir dürfen für unseren Wohlstand nicht Rohstoffe beanspruchen, die anderswo zu Bedingungen produziert werden, die bei uns nicht erlaubt sind, weil sie die Umwelt verseuchen.

Und dies gilt nicht nur für das Strahlen-Thema. Uran war zwar so ziemlich das einzige, was die DDR nicht für Westgeld verkauft hat. Aber ich habe nicht vergessen, wie die Chemieregion um Leuna, Borna, Bitterfeld und Wolfen darunter gelitten hat, dass dort zu Billigpreisen chemische Grundstoffe für Westeuropa produziert wurden, weil man die Umweltkosten in der DDR nicht mitfinanzieren musste. Heute haben wir in Mitteldeutschland saubere Luft, aber unsere heutigen Bitterfelds befinden sich z. B. in China. Ich denke, es geht nicht nur um Uran. Es geht generell darum, ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass wir alle zusammen auf einer Erde leben. Alle Menschen haben dieselben Ansprüche auf eine lebenswerte Heimat und eine saubere Umwelt.

Michael Beleites ist einer der Mitbegründer der DDR-Umweltbewegung. Öffentliches Aufsehen erregte er, als er 1988 auf der 1. ökumenischen Versammlung in Dresden Forschungsergebnisse präsentierte, die er in den Jahren 1986 bis 1988 illegal über den Uranabbau in Wismut gesammelt hatte. Sie sind dokumentiert in der Untergrundstudie „Pechblende – der Uranbergbau und die Folgen. Wittenberg 1988. Seit 2000 ist er Landesbeauftragter für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit in Sachsen. Er hat mehrere Bücher verfasst, unter anderem „Altlast Wismut“.  
<http://www.nuclear-free.com/PDF/Beleites-Wismut.pdf>